

Jenseits der (neo-)liberal-kosmopolitischen Hegemonie?

Die »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik

Die globale politische Ökonomie war in den vergangenen Jahrzehnten durch eine beschleunigte und umfassende Globalisierung gekennzeichnet. Diese Dynamik ist durch innere Widersprüche und eine Mehrzahl ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Krisenprozesse infrage gestellt und erschüttert worden. In diesem Beitrag wird dargelegt, dass sich die angesprochenen Entwicklungen in der Zeitdiagnose einer »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik verdichten. Diese Globalisierungspraxis, die sich in der Vergangenheit als Verallgemeinerung der nationalen und globalen Ordnungskonzeptionen des »Locke'schen Kerngebietes« vollzog, stößt auf manifeste Widerstände: zum einen auf die konkurrierenden Ordnungsvorstellungen vieler Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich als »Hobbes'sche Herausfordererstaaten« den transatlantischen – multilateralen oder bilateralen – Initiativen zum Investitionsschutz oder zur Liberalisierung von Handel und Finanzen vielfach widersetzen; und zum anderen auf den populistischen Nationalismus im transatlantischen Raum selbst, der die (neo-)liberal-kosmopolitische Orientierung des »Locke'schen Kerngebietes« von innen infrage stellt.

1. Einleitung

Die Globalisierung gilt fast allen BeobachterInnen als diejenige Dynamik, die der internationalen politischen Ökonomie in den letzten Jahrzehnten ihren Stempel aufgedrückt hat. In der akademischen Diskussion setzte sich dabei ein Verständnis von Globalisierung durch, das diese als Zunahme grenzüberschreitender Interaktionen, also als Verdichtung von Raum-Zeit-Beziehungen, konzeptualisiert (Harvey 1990: 284-307; Giddens 1991: 64). Die Verdichtung erstreckt sich auf unterschiedliche Bereiche wie Sozialbeziehungen, Religion und Kultur oder Migration und Tourismus, wird jedoch sehr stark durch ökonomische Prozesse vorangetrieben. Der polit-ökonomische Blick richtet sich vor allem auf die Entwicklung von Handel, Produktion und Finanzen sowie die Organisationen und Akteure, die die grenzüberschreitenden Aktivitäten im Rahmen des *global economic governance* vertraglich, regulativ und koordinierend oder auf dem Wege der öffentlichen Kritik zu gestalten versuchen.

Durch die globale, im Kern vor allem transatlantische Finanzkrise von 2008 bis 2009 ist der Globalisierungsprozess erschüttert worden. Die konjunkturelle Erholung der letzten Jahre mag zwar die Erwartung nähren, dass das globale Wirtschaftswachstum und auch die Zunahme des Welthandels auf die alten Entwicklungspfade zurückkehren, nicht ohne Grund durchziehen die öffentlichen Diskussionen aber auch skeptische Stimmen, die bezweifeln, dass der Globalisierungspro-

zess wie gehabt weiterläuft. Nicht nur in der (inter-)nationalen Wirtschaftspresse befürchten viele Beiträge das »Ende der Globalisierung« (vgl. u. a. Müller 2016; Kaufmann 2017) oder den »retreat of the global company«¹. Auch einige ÖkonomInnen, ManagerInnen und Thinktanks sind angesichts zahlreicher Risiken, ökonomischer Krisen und politischer Konflikte zumindest verunsichert, was die Tragfähigkeit der bestehenden Institutionen, Strategien und Praktiken betrifft (so etwa Credit Swiss Research Institute 2017; Demertzis et al. 2017). Allerdings sind Abgesänge auf die Globalisierung nicht gänzlich neu. Schon in den 2000er Jahren, bereits vor dem Ausbruch der Weltfinanzkrise, haben einige Beobachter, interessanterweise Historiker (James 2001; Ferguson 2005), darauf aufmerksam gemacht, dass die globalisierungsfreundliche Konstellation der 1980er und 1990er Jahre zu erodieren begann. Wenn nun erneut über die Globalisierung – ihren Fortgang, ihre Probleme oder gar ihr Ende – diskutiert wird, stellt sich die Frage, inwiefern im globalen und insbesondere im transatlantischen Raum inzwischen eine neue Entwicklungs-, besser: Krisenkonstellation entstanden ist und wie diese zu charakterisieren ist.

Nachfolgend wird dargelegt, dass eine Mehrzahl unterschiedlicher Krisenmomente zeitdiagnostisch auf eine »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik verweist. In der Begrifflichkeit von Kees van der Pijl (1998: 64-97; 2006: 1-27) vollzog sich diese Globalisierungspolitik in der Vergangenheit – gegen die »Hobbes'schen Herausfordererstaaten« gerichtet – als Verallgemeinerung der nationalen und globalen Ordnungskonzeptionen des »Locke'schen Kerngebietes« (Kap. 2). Genauer betrachtet lassen sich politökonomisch nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Konstellationen einer US-amerikanisch-europäischen Hegemonie unterscheiden: die des »eingebetteten Liberalismus« (Ruggie 1982) und die des »neoliberalen Kosmopolitismus« (Kap. 3). Letztere prägte maßgeblich den Globalisierungsschub seit den 1980er Jahren, wird nunmehr aber durch zwei Dynamiken infrage gestellt: zum einen durch die Widerstände und konkurrierenden Ordnungsvorstellungen vieler Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich als »Hobbes'sche Herausfordererstaaten« den transatlantischen – multilateralen oder bilateralen – Initiativen zum Investitionsschutz oder zur Liberalisierung von Handel und Finanzen vielfach widersetzen (Kap. 4); und zum anderen durch den populistischen Nationalismus im transatlantischen Raum selbst, der die (neo-)liberal-kosmopolitische Orientierung des »Locke'schen Kerngebietes« von innen unterminiert (Kap. 5). So deutet der Wandel der nationalen, transnationalen und globalen Machtbeziehungen bereits jetzt darauf hin, dass sich zumindest die Prioritäten und Verlaufsformen der Globalisierung verändern (Kap. 6).

1 »Retreat of the Global Company«, *The Economist*, 28.1.2017, <https://www.economist.com/briefing/2017/01/28/the-retreat-of-the-global-company>; 21.2.2017.

2. Konzeptionelle Überlegungen zur »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik

Seit dem Ausbruch der »Weltfinanzkrise«, die sich in erster Linie als eine »transatlantische Finanzkrise« entfaltete, ist der Krisenbegriff sehr häufig verwendet und auf unterschiedliche Phänomene bezogen worden. So war schon bald von einer Wirtschaftskrise, einer Staatsschuldenkrise, der Eurokrise, der Krise der Arbeits- und Sozialsysteme, der Umwelt- und Klimakrise, der sogenannten »Flüchtlingskrise« und auch von einer Krise der Demokratie die Rede. Einige hat dies dazu veranlasst, von einer »multiplen Krise« oder »Vielfachkrise« zu sprechen (Brand 2009; Demirovic et al. 2011); andere sehen in den sich überlagernden Krisendiskursen hingegen eine tendenzielle Überdehnung des Krisenbegriffs und Indikatoren eines intellektuellen Alarmismus (Meng 2016), der analytisch nicht unbedingt hilfreich und empirisch eher schwach fundiert ist.

Die Kritik an der exzessiven Verwendung des Krisenbegriffs ist durchaus ernst zu nehmen. Sie macht darauf aufmerksam, dass die kategoriale Überdehnung den zeitdiagnostischen Blick mitunter eher trübt als erhellt. Wenn sich alles in der Krise befindet, schwindet die Sensibilität dafür, die Zentralität spezifischer und den Zusammenhang unterschiedlicher – gesellschaftlicher und internationaler – Krisenphänomene zu erkennen. Diese Sensibilität ist aber erforderlich, um den analytischen Mehrwert des Krisenbegriffs zu erhalten und die Ursachen, den Verlauf und die Implikationen, mithin den Charakter von Krisen genauer zu bestimmen.

Das Streben nach Präzision steht nun allerdings in einem Spannungsverhältnis zu – unvermeidlichen – analytischen Unschärfen. Diese ergeben sich bereits daraus, dass mit dem Begriff der Krise per definitionem Phasen tiefer Unsicherheit und Ungewissheit markiert werden, die in ihren Wirkungszusammenhängen nicht immer ganz klar zu fassen und in ihrem Ausgang grundsätzlich offen sind.² Reinhart Koselleck hat auf diese Problematik in seinem Klassiker »Kritik und Krise« prägnant hingewiesen:

»Es liegt im Wesen einer Krise, daß eine Entscheidung fällig ist, aber noch nicht gefallen. Und es gehört ebenso zur Krise, daß offen bleibt, welche Entscheidung fällt. Die allgemeine Unsicherheit in einer kritischen Situation ist also durchzogen von der einen Gewißheit, daß – unbestimmt wann, aber doch bestimmt, unsicher wie, aber doch unsicher – ein Ende des kritischen Zustands bevorsteht. Die mögliche Lösung bleibt ungewiß, das Ende selbst aber, ein Umschlag der bestehenden Verhältnisse – drohend und befürchtet oder hoffnungsfroh herbeigewünscht – ist den Menschen gewiß. Die Krise beschwört die Frage an die geschichtliche Zukunft« (Koselleck 1973: 105).

Die Aussage, »die Krise beschwört die Frage an die geschichtliche Zukunft«, impliziert, dass die Krise – ihr Verlauf und ihr Charakter – vom Ende her zu denken

2 Dies galt bereits für die Verwendung des Krisenbegriffs in der Medizin, in der die Krise Zeiträume der Entscheidung oder Wende markierte, in denen im Krankheitsverlauf PatientInnen entweder gesunden oder sterben, oder aber auch für die militärsoziologischen Überlegungen von Carl von Clausewitz ([1832] 2012), der die vorabendliche Unsicherheit über den Verlauf der Schlacht – Sieg, Niederlage oder Tod – als typisches Krisenphänomen interpretierte.

sind. In der Betrachtung von Krisen befinden sich HistorikerInnen somit in einer relativ vorteilhaften analytischen Situation; im Kontrast zu SozialwissenschaftlerInnen, die sich mit ihren Krisendiagnosen ins Handgemenge laufender Debatten begeben.

Die These, dass die internationale politische Ökonomie durch eine »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik gekennzeichnet ist, steht somit unter dem Vorbehalt des offenen Ausgangs. Sie unterstellt zudem, dass es sich mit Antonio Gramsci (1991: 7/1556) gesprochen, nicht um eine nur »gelegенheitsbedingte« oder »konjunkturelle« Krise handelt, sondern um eine »strukturelle« oder »organische« Krise. Im Unterschied zu konjunkturellen Krisen, die im Fall einer erfolgreichen Krisenbewältigung Herrschaft stabilisieren und in diesem Sinne eine reinigende Wirkung haben, sind »strukturelle« oder »organische« Krisen von historischer Bedeutung. Sie weisen über die Kritik des politischen Führungspersonals hinaus und ziehen sich oft sehr lange, mitunter über Jahrzehnte hin:

»Diese außergewöhnliche Dauer bedeutet, dass sich in der Struktur unheilbare Widersprüche offenbart haben (herangereift sind) und die positiv für die Konservierung und Verteidigung derselben Struktur wirkenden politischen Kräfte trotzdem bemüht sind, sie innerhalb gewisser Grenzen zu heilen und zu überwinden« (Gramsci 1991: 7/1557).

Als das zentrale Merkmal von »organischen Krisen« verweisen die »unheilbaren Widersprüche« darauf, dass sich die Strukturen der gesellschaftlichen und internationalen Hegemonie – verstanden als eine auf dem Konsens der Beherrschten basierende Herrschaftsform – nicht mehr reproduzieren können. Die gesellschaftliche Kritik nimmt zu, wird substanzieller und führt in der Folge zu einer »spezifischen Verbindung und Verdichtung molekularer Veränderungen und kleinerer Krisen« (Candeias 2014: 15) letztlich zur organischen Krise, d. h. zur nachhaltigen Infragestellung der Legitimität von Staat und gesellschaftlicher Herrschaft. Der historische Ausgang einer derartigen Infragestellung ist wie bei anderen Krisen grundsätzlich offen. Sie wird jedoch durch vielfältige Zerfalls- und Erosionsphänomene begleitet, die die Auflösung der alten Ordnung vorantreiben. Die »organische Krise« lässt sich in diesem Sinne als eine Erosionskrise begreifen, die nicht nur die Hegemonie, sondern auch die nicht-hegemonialen, mithin zwangsbasierten Formen von Macht und Herrschaft – im gesellschaftlichen wie internationalen Kontext – sukzessive unterminiert.

Die Erosion betrifft vor allem die Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe des »Locke'schen Kerngebietes« im transatlantischen Raum (van der Pijl 1998: 64-78; 2006: 17-27), die den Globalisierungsprozess in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich vorangetrieben haben. Das Locke'sche Kerngebiet ist allgemein durch folgende Merkmale gekennzeichnet: eine große Bedeutung zivilgesellschaftlicher Assoziationen, eine Kommerzialisierung des alltäglichen Lebens, besitzindividualistisches Denken und eine weite Verbreitung von Konzepten und Organisationsformen der Selbstregulierung. Die Operationsweise der Zivilgesellschaft wird dabei durch einen liberalen Staatstypus, also durch die rechtsstaatliche Garantie vertraglicher Übereinkünfte und Formen der Gewaltenteilung und allenfalls begrenzte wirtschaftliche Interventions- und Steuerungskapazitäten, abgesichert. Auf der Grund-

lage der institutionellen Autonomie von Markt und Staat sind die Aufgaben des Regierens zur Absicherung der gesellschaftlichen Herrschaft von dieser klar separiert. Das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft entfaltet sich zudem auf der Grundlage einer hochproduktiven und expansiven kapitalistischen Ökonomie und breit ausgreifender internationaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Diese werden durch institutionalisierte liberale WeltbürgerInnenrechte und kosmopolitische Ideen ergänzt und durch militärische Strukturen flankiert. Ursprünglich bildete sich das Locke'sche Kerngebiet zunächst im anglo-amerikanischen Raum heraus, bevor es auch andere Regionen, nicht zuletzt Kontinentaleuropa, durchdrang und inkorporierte. Allerdings ist in Europa – gebremst durch wohlfahrtsstaatliche Regime und korporatistische Formen der Interessenaushandlung – die liberale, vor allem die besitzindividualistische Orientierung schwächer ausgeprägt und in multilaterale internationale Organisationen eingebettet.

Im Unterschied zum Lockes'schen Kerngebiet weisen die Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe der »Hobbes'schen Herausfordererstaaten« Merkmale einer machtpolitischen – mitunter autoritären – Zentralisierung auf (van der Pijl 1998: 78-83; 2006: 6-7). Hierin reflektiert sich wesentlich ihre relative wirtschaftliche Rückständigkeit. Um diese Rückständigkeit zu überwinden, bedienen sich die herrschenden und regierenden Klassen – nicht selten ist in diesen Ländern die von Elsenhans (1997) entwickelte Konzeption der Staatsklassen zutreffend – staatlicher Instrumente der wirtschaftlichen Intervention und politischen Kontrolle. Hierbei geht es nicht nur um die Kontrolle der Ökonomie, sondern oft auch der Zivilgesellschaft als Infrastruktur der öffentlichen Kommunikation, also die Kontrolle von Parteien, Verbänden, Medien, Wissenschaft, Justizwesen etc. Die internen Strukturen einer umfassenden, mitunter autoritären staatlichen Kontrolle beeinflussen auch die Außenbeziehungen. Was die ökonomische Dimension betrifft, so tendieren die Hobbes'schen Herausfordererstaaten zu (neo-)merkantilistischen oder protektionistischen Konzeptionen; politisch weisen sie in Verteidigung der Prinzipien der nationalen Souveränität und des traditionellen Völkerrechts liberal-kosmopolitische Ideen zumeist zurück.

Mit Blick auf die hier skizzierten Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe lässt sich der Verlauf der Globalisierung seit dem 19. Jahrhundert als schrittweise Ausdehnung des Locke'schen Kerngebiets und gleichzeitige Transformation – in bestimmten Perioden auch als militärische Unterwerfung – der Hobbes'schen Herausfordererstaaten rekonstruieren (van der Pijl 2006). Unter den Bedingungen der US-Hegeemonie nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich insbesondere die kontinentaleuropäischen Gesellschaften wirtschaftlich, politisch und kulturell liberalisiert. Vermittelt über den Prozess der europäischen Integration und der gleichzeitigen transatlantischen Verflechtung und Kooperation haben sie sich in das Locke'sche Kerngebiet integriert und zuletzt auch selbst sehr aktiv – mit Blick auf andere Regionen wie Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien – den Globalisierungsprozess vorangetrieben (Bieling 2010). Wenn hier nun von einer »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik die Rede ist, so ist damit gemeint, dass deren Erfolgsbedingungen in zweifacher Hinsicht dahin schwinden: extern aufgrund

der zunehmenden Widerstände vieler Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich zumeist eher dem Typus des Hobbes'schen Herausfordererstaates oder Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes zuordnen lassen; und intern aufgrund des wachsenden Einflusses des populistischen Nationalismus, der sich explizit gegen die (neo-)liberal-kosmopolitische Globalisierungspraxis der zurückliegenden Jahrzehnte wendet.

3. Entwicklungskonstellationen der Globalisierung

Davor hatte sich das Locke'sche Kerngebiet als wirtschaftlich überlegen, politisch durchsetzungsfähig und kulturell ausstrahlungsfähig erwiesen und den Globalisierungsprozess maßgeblich gestützt und organisiert. Allerdings wäre es verfehlt, der transatlantischen Globalisierungspolitik durchgängig einen (neo-)liberal-kosmopolitischen Charakter zuzuschreiben. Dieser hat sich erst seit den 1980er Jahren herausgeschält und bleibt selbst seitdem – aufgrund vielfältiger Kompromisse und Konzessionen an widerstrebende Kräfte – zuweilen weniger eindeutig als es der Begriff nahelegt. Dessen ungeachtet lassen sich im Rückblick vereinfacht zwei Entwicklungskonstellationen unterscheiden:

Die erste Konstellation erstreckte sich über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Konstellation folgte die Globalisierung den Regeln des »eingebetteten Liberalismus« (Ruggie 1982). Dieser stützte sich *zum einen* auf das Bretton-Woods-System (BWS) – mit festen, aber anpassbaren Wechselkursen, dem US-Dollar als Ankerwährung und seiner Goldbindung – und hierauf bezogenen internationalen Organisationen und Regimen. Während der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank dazu beitrugen, das BWS geld- und finanzpolitisch zu stabilisieren, ermöglichte das multilaterale Setting des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) eine zügige Liberalisierung der Handelsbeziehungen, vor allem den sukzessiven Abbau von Zöllen auf Waren. Dabei ergriffen die USA wiederholt die Initiative (Scherrer 1999: 163-221), etwa um einer möglichen Abschottung des europäischen Marktes – infolge der Zollunion – entgegenzuwirken. *Zum anderen* wurde die Liberalisierung auch auf der nationalen Ebene, zumindest in den Staaten der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD), eingebettet. Dies geschah vor allem durch eine relativ umfassende arbeitsmarkt- und tarifpolitische Regulierung und den Auf- und Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Dieses Zusammenspiel von Liberalisierung und internationaler wie gesellschaftlicher Einbettung war unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz auf die westliche Hemisphäre begrenzt. Auf der Grundlage der fordistischen Entwicklungsdynamik sorgten in erster Linie die USA in Kooperation mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft dafür, dass sich der Globalisierungsprozess relativ stetig entfalten konnte (Aglietta [1976] 2000). Die Globalisierung konzentrierte sich lange vornehmlich auf den Güterhandel; weitgehend ausgeklammert waren Dienstleistungen. Auch die grenzüberschreitende Vernetzung der Produktion durch Direktinvestitionen gewann erst in den 1960er und 1970er Jahren allmählich an Be-

deutung, indessen Kapitalverkehrskontrollen und andere Steuerungsinstrumente die Globalisierung der Finanzmärkte unterbanden (Helleiner 1994: 51-80).

Dies änderte sich dann allerdings in den 1970er Jahren mit dem Übergang zu einer zweiten Konstellation, die sich im Anschluss an den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die Fordismuskrise herauskristallisierte. Unter den Bedingungen einer relativen ökonomischen Stagnation, hoher Inflationsraten und flexibler Wechselkurse richtete sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Entwicklung der Finanzmärkte. Es entstand ein neues informelles Regime, das von Peter Gowan (1999) als Dollar-Wall-Street-Regime (DWSR) bezeichnet wurde und von einem »Wall Street-Treasury Complex« (Bhagwati 2007: 204-207) oder erweitert: von einem »Wall Street-Treasury-IMF-Complex« (Wade/Veronesi 1998) orchestriert wurde. Nach dem Verzicht auf Kapitalverkehrskontrollen sorgte die in den USA seit Ende der 1970er Jahre betriebene Hochzinspolitik (»Volcker-Schock«) dafür, dass die Finanzmarktakteure noch stärker als zuvor ihr Geldvermögen in US-Dollar anlegten und an der Wall Street platzierten. Andersherum trug die Deregulierung der Finanzmärkte dazu bei, dass der hierdurch initiierte Kapitalzufluss seinerseits den US-Dollar stärkte. Von den USA und Großbritannien ausgehend entfalteten sich eine internationale Währungskonkurrenz und Prozesse der kompetitiven Deregulierung (Helleiner 1994: 146-168). Dies hatte zur Folge, dass sich die Globalisierung zunehmend auch auf die Finanzmärkte erstreckte und sich – stimuliert durch die Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur, Alterssicherung sowie Fusionen und Übernahmen – ein globalisierter Finanzmarktkapitalismus herausbildete.³ Flankiert wurde die finanzmarktinduzierte Reorganisation von einem Wandel der handelspolitischen Agenda. Diese umschloss zunehmend auch unternehmensnahe Dienstleistungen, nicht-tarifäre Handelshemmnisse sowie Eigentumsrechte und Fragen des Investitionsschutzes. Das GATT wurde zu diesem Zwecke in den 1990er Jahren in die *World Trade Organisation* (WTO) überführt, der inzwischen 164 Mitgliedstaaten angehören.

Die Durchsetzung und Festigung der zweiten Konstellation einer beschleunigten und extensiven Globalisierung war vor allem seitens der USA und der Europäischen Union (EU) sowie der hier ansässigen Transnationalen Konzerne (TNKs) organisiert worden (Bieling 2010). Damit einher ging der Aufstieg neoliberal-kosmopolitischer Konzeptionen und Diskurse. Die neoliberale Ausrichtung des kosmopolitischen Selbstverständnisses zeigte sich darin, dass marktliberale Ordnungsprinzipien, d. h. die Priorität von ökonomischem Wettbewerb, Investorenrechten und Regeln der wirtschaftlichen Nicht-Diskriminierung, an Bedeutung gewannen. Doch nicht nur ökonomische, auch politische Prinzipien und Verfahren, so etwa die Garantie individueller bürgerlicher Schutz- und Freiheitsrechte durch supranationale Organisationen wie die EU oder die *United Nations Organisation* (UNO), hatten Auswirkungen auf die nationalstaatliche Souveränität und Gestaltungsmacht. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus verdichtete sich diese Orientierung im transatlantischen Raum zwischenzeitlich in der Rede vom »Ende der Geschichte«

3 Windolf (2005); Dörre/Rackwitz (2016); siehe auch Koddenbrock (2018 in diesem Forum).

(Fukuyama 1989), also dem unbestrittenen Siegeszug des westlichen Modells von kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie, und in sehr euphorischen Globalisierungsdiskursen (vgl. u.a. Friedman 2005).

4. Internationale Widerstände und konkurrierende Ordnungsvorstellungen

Schon bald wurde jedoch erkennbar, dass die Globalisierung keineswegs harmonisch verlief, sondern viele Widerstände und Krisen generierte. Diese manifestierten sich in unterschiedlichen Bereichen, je nachdem, ob sie eher durch die neue Tiefe der globalen Integration, d. h. der »behind the border liberalisation« (Young/Peterson 2006: 796) in der Handelspolitik, durch die gesellschaftlichen Implikationen der Deregulierung und Privatisierung oder durch finanzmarktinduzierte Ungleichgewichte und Instabilitäten stimuliert worden waren. Einige Entwicklungen mögen dies illustrieren:

Erstens rücken Finanz- und Währungskrisen, nachdem es zuvor unter den Bedingungen des BWS gelungen war, ihnen politisch vorzubeugen, seit den 1980er Jahren wieder vermehrt auf die Agenda (Kindleberger 2000: 21-22). Zunächst richtete sich in den 1980er Jahren der Blick auf die Schuldenkrise der »Dritten Welt«, dann 1997/98 auf die Asienkrise und wenige Zeit später auf die Russland-, Türkei-, Brasilien- und Argentinienkrise. Im Jahr 2000/01 platzte schließlich die Dotcom-Blase, bevor 2008/09 die transatlantische Finanzkrise ausbrach, die in der EU seit dem Jahr 2010 die sogenannte Staatsschulden- und Eurokrise begünstigte. Die aufgeführten Krisen sind zum Teil selbst das Produkt einer weitreichenden internationalen Öffnung und Integration der Finanzmärkte. Häufig lief das Krisenmanagement darauf hinaus, die Finanzmarktliberalisierung zu verstetigen oder sogar zu beschleunigen. Im Anschluss an die transatlantische Finanzkrise scheinen diese Bemühungen jedoch zunehmend weniger zu greifen. So sind die globalen Kapitalströme, nicht zuletzt die Auslandsaktivitäten europäischer Banken, im Verhältnis zum globalen Sozialprodukt in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen (McKinsey Global Institute 2017: 18-30).

Erzeugen die finanzmarktpolitischen Eruptionen vielfältige Unsicherheiten, so formieren sich *zweitens* relativ klar identifizierbare Widerstände gegen die erweiterte Agenda der Handelsliberalisierung. Die Kritik von sozialen Bewegungen und vielen Schwellen- und Entwicklungsländern richtet sich dabei gegen die sozial-, umwelt-, demokratie- und entwicklungspolitischen Restriktionen von Vereinbarungen, die in der WTO, im Kontext regionaler Integrationsprojekte (EU, *North American Free Trade Agreement* (NAFTA), *Mercado Común del Sur* (MERCOSUR)) oder im Rahmen Bilateralen Investitions- und Handelsabkommen (BITs) ausgehandelt worden sind (Manz 2007: 31-33; Fominaya 2014: 54-63). Zwar sind die USA stärker uni- und bilateral, die EU eher bi- und multilateral bemüht, im Sinne einer strategischen Handelspolitik auf die Handelspartner Druck auszuüben und zur Öffnung der jeweiligen Ökonomien zu veranlassen. Allerdings fällt es ihnen – der G7-Gipfel im kanadischen La Malbaie im Juni 2018 brachte dies deutlich zum Aus-

druck – zunehmend schwerer, sich abzustimmen und zu koordinieren. Zudem verliert der transatlantische Wirtschaftsraum tendenziell an Bedeutung, sodass es auch gemeinsam kaum mehr gelingt, die globale handelspolitische Agenda zu definieren.

Diese Schwierigkeiten mehren sich noch, wenn sich der Blick, *drittens*, auf die Grenzen der geopolitischen Kontrolle durch das Locke'sche Kerngebiet richtet. Hatte dieses, in erster Linie die USA, noch vor einiger Zeit die Strategie eines globalen Kontrollanspruches formuliert (Gowan 2002), so entgleitet ihm inzwischen mehr und mehr der politische Zugriff auf bedeutsame Krisenregionen: etwa im Nahen und Mittleren Osten oder in einigen asiatischen und afrikanischen Kriegsgebieten. Das Fehlen einer tragfähigen transatlantischen Strategie mag zum Teil den mitunter komplexen Konfliktkonstellationen geschuldet sein. Zum Teil reflektieren sich hierin aber auch die gegenläufigen geopolitischen Strategien der aufstrebenden, dem Ideal einer multipolaren Weltordnung folgenden Mächte, insbesondere Chinas.⁴

Die hier skizzierten Entwicklungen weisen darauf hin, dass die Globalisierungspolitik nicht mehr rundläuft. Wie die Verhandlungen über das *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA) und das *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) belegen, löst sich der atlantische Raum als das alte, hochintegrierte Organisationszentrum der Globalisierung (Hamilton/Quinlan 2016: 8-19) keineswegs einfach auf. Es zeigen sich jedoch deutliche Spannungen, konzeptuelle Risse und Probleme der globalen Kontroll- und Führungsfähigkeit der transatlantischen Akteure (Cafruny 2016: 14-23). Durch die wachsende Bedeutung konkurrierender weltpolitischer Akteure, d. h. die Verschiebung der ökonomischen und politischen Gewichte zugunsten der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), allen voran Chinas und Indiens (Schmalz 2018), werden diese Probleme offenkundig verstärkt. Dies gilt umso mehr, als sich – unter Ausschluss der USA und der EU – die Süd-Süd-Kooperation zwischen den Schwellen- und Entwicklungsländern intensiviert hat. Diese Kooperation wird durch Kapitalismusmodelle geprägt, die in sehr viel stärkerem Maße auf staatlicher Lenkung beruhen und sich an den Zielen der nationalen Souveränität und Entwicklung orientieren (Nölke et al. 2014; vgl. auch Nölke 2018 in diesem Forum). Sie lassen sich zumeist der Variante eines Hobbes'schen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes zuordnen und lehnen in der Gestaltung der Globalisierung liberal-kosmopolitische Konzepte allgemein ab.

5. *Erosion der gesellschaftlichen Voraussetzungen der transatlantischen Globalisierungspolitik*

In Ergänzung zu den internationalen Widerständen reflektieren sich in der schwindenden globalen Kontroll- und Führungsfähigkeit des Locke'schen Kerngebietes

4 Salter/Yin (2014: 864-866); Huotari/Heep (2016: 164-165); vgl. Simon (2018 in diesem Forum).

zudem tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche und Konfliktfelder, die gleichsam von innen den Globalisierungsprozess infrage stellen. Diese zweite, gesellschaftsstrukturelle Dimension der Doppelkrise speist sich aus unterschiedlichen Problemen und Erfahrungen (vgl. Gill 2000: 133-135): aus der begrenzten Gestaltungsmacht der nationalstaatlichen Demokratie unter den Bedingungen der grenzüberschreitenden Kapitalmobilität; aus dem erhöhten Anpassungs- und Disziplinierungsdruck auf den Arbeitsmärkten, d. h. der Arbeitsverdichtung und weitreichenden Flexibilisierung sowie vielfach Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse; aus den negativen Erfahrungen mit der Kommerzialisierung und Privatisierung der Reproduktionssphäre, etwa im Bereich der öffentlichen Infrastruktur wie Post, Telekommunikation, Medien, Bahn, Verkehr, Energie, Bildung, Forschung oder Kultur; oder aus der Gefährdung landesspezifischer, regionaler oder kultureller Eigenheiten, d. h. von bestimmten Zweigen der Landwirtschaft, der Gastronomie oder der nationalen Filmindustrie, durch eine globalisierte Monokultur.

Die hier angeführten Probleme werden nicht nur, seit einiger Zeit jedoch auch vermehrt von populistisch-nationalistischen Bewegungen und Parteien artikuliert. In der wissenschaftlichen Diskussion wird entsprechend darüber diskutiert, ob und in welcher Form das Aufkommen und die Stärkung populistisch-nationalistischer Bewegungen und Parteien auf eine neue gesellschaftliche Spaltungs- oder Konfliktlinie (*cleavage*) verweist. In der Vergangenheit sind derartige Spaltungslinien für die Herausbildung neuer politischer Formationen, also sozialer Bewegungen und Parteien, von grundlegender Bedeutung gewesen. So führten bereits die Klassiker der *cleavage*-Theorie, Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967), die Entstehung von Parteien auf vier Spaltungslinien – zwischen Kapital und Arbeit (sozialistische Parteien), zwischen Kirche und Staat (konfessionelle Parteien), zwischen Stadt und Land (Agrarparteien) sowie zwischen Zentrum und Peripherie (Regionalparteien) – zurück; und auch in den letzten Jahrzehnten wurden weitere *cleavages* identifiziert. Einige dieser *cleavages* waren kulturell geprägt, so etwa die Spaltungslinie zwischen Materialisten und Postmaterialisten (Inglehardt 1977) oder zwischen libertären und autoritären Orientierungen (Kitschelt 1997). Andere *cleavages*, vor allem die zwischen den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, bezogen sich stärker auf materielle, auch klassenspezifische Dimensionen (Kriesi et al. 2008).

Die jüngste Spaltungslinie bezieht sich vor allem auf die strategischen und programmatischen Orientierungen der etablierten politischen Kräfte auf der einen und der populistischen Rechten auf der anderen Seite. Die rechtspopulistischen Kräfte haben sich in fast allen Ländern dadurch profiliert, dass sie eine nationalistische Grundhaltung, gestützt auf eine ethnopluralistische Begründung, die Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft, anti-islamische Diskurse, die Kritik des Euro und des europäischen Migrationsregimes sowie die Verknüpfung von sozialer und nationaler Frage, markiert haben. Ob für den neuen *cleavage*, wie von einigen vorgeschlagen (Zürn/de Wilde 2016), das Gegensatzpaar von kosmopolitischen und kommunitaristischen Einstellungen charakteristisch ist, ist jedoch umstritten. Zwei Beobachtungen sprechen zumindest dafür, die Spaltungslinie begrifflich spezifischer zu

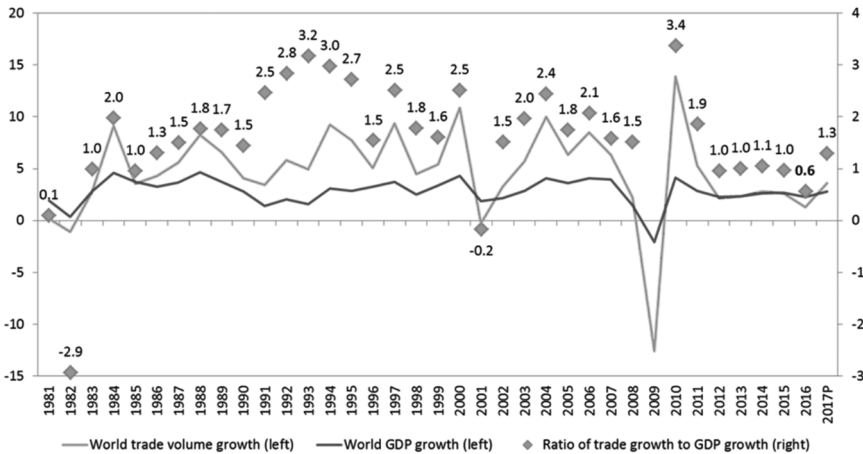
fassen: *Erstens* ist zu berücksichtigen, dass die kommunitaristischen Einstellungen sich nicht auf irgendwelche Gemeinschaften beziehen, sondern in erster Linie auf die Prozesse der nationalen Identitätsbildung; und *zweitens* sollte die neoliberale Prägung des Kosmopolitismus und seine spezifische Qualität als eine den Nationalstaat partiell unterminierende Kraft hervorgehoben werden. Unter Berücksichtigung dieser beiden Akzentuierungen bietet es sich entsprechend an, den aktuell diskursprägenden gesellschaftlichen *cleavage* als Entgegensetzung von neoliberalen Kosmopolitismus und populistischem Nationalismus zu begreifen.

Der widersprüchliche Verlauf der Globalisierung entspricht in gewisser Weise der von Karl Polanyi ([1944] 1977: 172) skizzierten »Doppelbewegung«, d. h. der gegenläufigen Entwicklung zweier Organisationsprinzipien, die er in der Analyse der tiefen Krise der 1930er und 1940er Jahre identifiziert hatte. Die erste Bewegung, die das Prinzip des sich selbst regulierenden Marktes zu realisieren versucht, stützt sich sehr stark auf die global orientierten TNKs und ihre Organisationen – Foren, Verbände, Thinktanks etc. – und ist politisch-diskursiv inzwischen recht eng mit neoliberal-kosmopolitischen Orientierungen verknüpft, die sich im transatlantischen Raum im Laufe der vergangenen Jahrzehnte als weitgehend hegemonial erwiesen haben. So wurde die kapitalistische Ökonomie gesellschaftlich »entbettet«, d. h. von vielen regulativen Standards, moralischen Normen und sozialen Fesseln befreit. Dieser Prozess erzeugte zugleich jedoch vielfältige Formen der sozialen Ausgrenzung, Verunsicherung und soziokulturelle Identitätskrisen (Gidron/Hall 2017: 67-77), die ihrerseits – auch im transatlantischen Raum – auf eine Erosion der neoliberal-kosmopolitischen Hegemonie verweisen. Nicht nur in den Betrieben und auf den Arbeitsmärkten, auch in der Zivilgesellschaft, in Nachbarschaften und Freundeskreisen entstanden Formen der Unsicherheit, Unzufriedenheit und Gegenwehr. Es formierten sich mithin Gegenbewegungen, die sich am Prinzip der sozialen Protektion orientierten. Dies galt zunächst für die globalisierungskritische Bewegung, zuletzt aber vor allem für den populistischen Nationalismus. Auch dieser lässt sich als eine, auch von Teilen der industriellen Arbeiterklasse oder der ländlichen Bevölkerung in strukturschwachen Regionen getragene (Hochschild 2016: 135-151), Artikulation des Prinzips der sozialen Protektion begreifen (Betz/Meret 2013: 114-117; Bieling 2017: 558-564). Die neoliberale Entwicklungslogik wird dabei – mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Instrumenten, zuletzt verstärkt durch Erwägungen und Praktiken der Handelsprotektion – infrage gestellt, um, zumindest imaginär, nationalstaatliche Souveränität und Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen.

Die Folgen, die sich hieraus für den weiteren Verlauf der Globalisierung ergeben, sind nicht ganz leicht einzuschätzen. *Jedoch* ist bereits jetzt erkennbar, dass die multilateral orientierten Institutionen und Regime des *global governance* vielfach geschwächt werden. Neue, die Liberalisierung und Globalisierung stärkende Übereinkünfte kommen nicht oder oft nur mühsam zustande. Einige Übereinkünfte werden seitens der USA (die *Trans Pacific Trade Partnership*, TPP) oder seitens Großbritannien (Brexit) sogar aufgekündigt (Jessop 2017; s. a. Soltz 2018 in diesem Forum). Andere bestehende Verträge werden neu verhandelt, so z. B. das NAFTA

(Noland 2018: 266-267). Darüber hinaus ist seit der Finanzkrise ein vermehrter Einsatz neo-protektionistischer Instrumente wie Schutz- und Anti-Dumpingmaßnahmen oder Ausgleichszölle zu beobachten (WTO OMC et al. 2017: 24-32). In der Konsequenz dieser Maßnahmen und des Rückgangs der grenzüberschreitenden Kreditvergabe, die für Leistungsbilanzdefizitländer die Importe von Waren und Dienstleistungen restringiert, hat das Wachstum des Welthandels spürbar nachgelassen (s. Abb. 1). Viele Wirtschaftsakteure, auch die TNKs, sind verunsichert und ziehen in Erwägung, ihre Wertschöpfungsketten zu reorganisieren. Allerdings muss diese Reorganisation nicht notgedrungen zu einer primären oder gar ausschließlichen Konzentration auf die heimischen Märkte führen. Ebenso denkbar sind auch weitere Direktinvestitionen in den populistisch-nationalistisch regierten Ländern, um drohende protektionistische Schranken zu umgehen.

Abbildung 1: Verhältnis des Wachstums von globalem Handel und globaler Wertschöpfung (GDP), 1981-2017



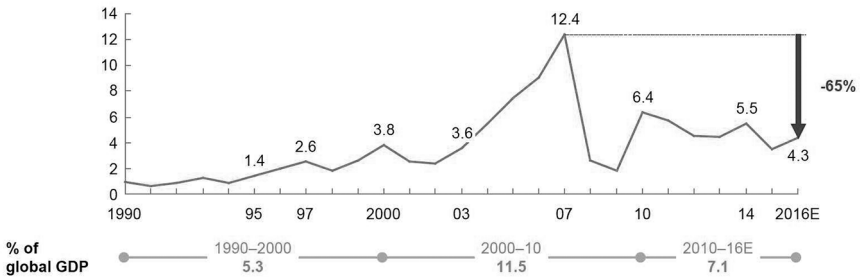
Quelle: WTO 2017

Im Vergleich zu den Handels- und Produktionsbeziehungen sind die erwarteten und bereits erkennbaren Implikationen, die die populistisch-nationalistischen Konzeptionen für die Migration haben, eindeutiger und gravierender (Boumans 2017). Fast überall, auch in den Mitgliedstaaten der EU, geht es darum, die Einwanderung restriktiver zu handhaben. Obgleich sich die Liberalisierung in diesem Bereich schon in der Vergangenheit, zum Schutz der nationalen Arbeitsmärkte und Sozialsysteme, zumeist nur auf einen überschaubaren Kreis von Ländern und Personengruppen konzentrierte, wird sie nun vermehrt zurückgefahren. Die Abwehr gilt in erster Linie gering qualifizierten ArbeitsmigrantInnen – aus Mexiko in den USA, aus Bul-

garien oder Rumänien in der EU – und Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten. Weitaus liberaler bleiben die Bestimmungen für hochqualifizierte Personengruppen, also ManagerInnen und akademisch gebildete Berufsgruppen. Um deren ökonomisches Potenzial wird angesichts des demografischen Wandels einwanderungspolitisch nach wie vor konkurriert. Dabei bleibt allerdings zunehmend ungewiss, ob diese kosmopolitisch orientierten Gruppen die grenzüberschreitenden Optionen unter den Bedingungen nationalistischer Stimmungslagen wirklich nutzen.

Ist die protektionistische Reorganisation von Handel und Arbeitsmärkten aufgrund der unmittelbaren Effekte für die Beschäftigung in gewisser Weise naheliegend, so folgt die (De-)Globalisierung der Finanzmärkte einer etwas anderen Handlungslogik. Hier waren es weniger die politischen Reaktionen in den krisenbetroffenen Ökonomien – diese wirkten mittelfristig eher darauf hin, den Finanzmarktkapitalismus regulativ und interventionistisch zu stabilisieren (Bieling 2013) – als vielmehr die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten selbst, die eine Reduktion der grenzüberschreitenden Finanzaktivitäten, vor allem der Kreditvergabe, begünstigt haben (McKinsey Global Institute 2017: 2-3; s. Abb. 2). Dieser Rückzug wird jedoch durch zwei gegenläufige Entwicklungen relativiert: zum einen durch die Tatsache, dass er sich nur auf die laufenden Aktivitäten bezieht, nicht aber auf die global wenig veränderten Bestände an ausländischen Finanzanlagen; und zum anderen durch den erhöhten Expansionsdrang vieler Banken und Finanzmarktakteure im und aus dem asiatischen Raum.

Abbildung 2: Globale grenzüberschreitende Kapitalströme in Billionen US-Dollar*



* Gross capital inflows, including foreign direct investment (FDI), debt securities, equity, and lending and other investment.

Quelle: McKinsey Global Institute 2017: 1

6. Globalisierungsperspektiven

Die hier angeführten Prozesse sind, was die mittel- und langfristige Entwicklung der Globalisierung betrifft, in mancher Hinsicht mehrdeutig und noch wenig defini-

tiv. Dies lässt sich im Sinne der hier gewählten Analyseperspektive so interpretieren, dass das Ende und der Ausgang der »Doppelkrise« noch nicht greifbar sind. Gewiss scheint vorerst nur, dass die Phase der beschleunigten und umfassenden Globalisierung seit den 1980er Jahren an ihre Grenzen gestoßen ist. Die transatlantische Finanzkrise wirkte hierbei insofern als Katalysator, als sie dazu beitrug, das »Locke'sche Kerngebiet« und damit das bisherige Organisationszentrum der Globalisierung nachhaltig zu schwächen: Im globalen Kontext beschleunigte sich der wirtschaftliche Aufholprozess vieler Schwellenländer, insbesondere Chinas und Indiens, sodass sich die Gewichte weiter in den asiatischen Raum verschoben haben. Gesellschaftlich haben die tiefe Rezession und relativ lange ökonomische Stagnation, insbesondere in der EU, verteilungs- und gestaltungspolitisch umkämpfte Reorganisationsprozesse angestoßen, infolge derer populistisch-nationalistische Kräfte gestärkt wurden und die politische Durchsetzungskraft der neoliberal-kosmopolitisch orientierten Eliten weiter erodierte.

Die fortbestehenden Organisationen, Regime und Prozesse des *global economic governance* werden damit keineswegs hinfällig, aber in ihrer Wirkungsweise modifiziert. Schon in den Jahren nach dem Ausbruch der transatlantischen Finanzkrise war ihnen vor allem die Funktion zugekommen, das Auseinanderbrechen der Weltwirtschaft in Form eines Sperrklinkeneffekts aufzuhalten. Es hatte sich im globalen Raum mithin ein fragiles Kompromissgleichgewicht herausgebildet, das abrupte Wendungen zu unterbinden vermochte. Ob dies nach dem Umschwung zu populistisch-nationalistischen Diskursen auch weiterhin so bleibt, ist ungewiss. Es zeichnen sich folgende, zum Teil gegenläufige Tendenzen ab:

Erstens halten die geschwächten neoliberal-kosmopolitischen Akteure diskursiv und programmatisch weitgehend daran fest, die internationalen Organisationen und Regime zu stärken und soweit möglich, komplementäre Arenen und Praktiken – z. B. in Gestalt der Bilateralen Handels- und Investitionsabkommen – für die Verstärkung der Globalisierung zu entwickeln.

Zweitens werden diese Praktiken nun aber nicht mehr nur seitens der globalisierungskritischen Bewegung, sondern auch seitens der populistisch-nationalistischen Bewegungen und Parteien, die in einigen Ländern (USA, Polen, Ungarn, Italien) zum Teil sogar die Regierungsgeschäfte übernommen haben, vermehrt hinterfragt, kritisiert und mit protektionistischen Gegenkonzepten beantwortet.

Und *drittens* gewinnen, was die Praktiken der Globalisierung und die Aushandlungsprozesse in internationalen Foren und Organisationen betrifft, die stärker staatlich gelenkten Kapitalismusmodelle, allen voran China, nicht nur materiell – wenn man sich etwa die Handelsströme und Kapitaltransfers anschaut –, sondern auch konzeptuell an Einfluss.

Betrachtet man diese drei Tendenzen in der Gesamtschau, so scheinen sich die ersten beiden Tendenzen vorerst zu neutralisieren, also eine nicht-hegemoniale Pattsituation zu bedingen. Es ist entsprechend nicht zu erwarten, dass aus dem transatlantischen Raum heraus tragfähige Initiativen zur Fortsetzung der forcierten Globalisierungspolitik der 1980er und 1990er Jahre entwickelt werden. Gleichzeitig stellt sich die dritte Tendenz in ihrer Wirksamkeit sehr nachhaltig dar. Dies lässt

vorerst den Schluss zu, dass sich der Modus der Globalisierung verändert, d. h. stärker chinesisch, oder allgemeiner: entwicklungsstaatlich geprägt sein wird. Die Tragfähigkeit entwicklungsstaatlicher Konzepte ist letztlich aber sowohl auf der nationalen als auch auf der globalen Ebene maßgeblich von der Stabilität und Kontrolle der Finanzmärkte und der internationalen Kapitalströme abhängig. Sofern die Stabilität und Kontrolle prekär bleiben, wird sich auch die dritte Tendenz nur widersprüchlich durchsetzen können. Mehr noch, es drohen weitere Finanzkrisen, die mittelfristig das zweite Moment der Polanyi'schen Doppelbewegung, d. h. Gegenbewegungen der sozialen Protektion, weiter stärken könnten.

Literatur

- Aglietta, Michel* [1976] 2000: *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, Neue Auflage, London.
- Betz, Hans-Georg/Meret, Susi*: 2013: Right-wing Populist Parties and the Working-class Vote. What Have You Done for Us Lately?, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): *Class Politics and the Radical Right*, London.
- Bhagwati, Jagdish* 2007: *In Defense of Globalization*, New York, NY.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2010: *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*, Wiesbaden.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2013: European Financial Capitalism and the Politics of (De-)Financialization, in: *Competition & Change* 17: 3, 283-298.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2017: Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung, in: *WSI-Mitteilungen* 70: 8, 557-565.
- Boumans, Dorine* 2017: Die wirtschaftlichen Folgen des Populismus – Die Ergebnisse einer Sonderfrage im aktuellen ifo World Economic Survey, in: *ifo Schnelldienst* 70: 10, 41-43.
- Brand, Ulrich* 2009: *Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*, Berlin.
- Cafruny, Alan* 2016: The Transatlantic Imperium After the Global Financial Crisis: Atlanticism Fractured or Consolidated?, in: Cafruny, Alan/Talani, Simona Leila/Pozo Martin, Gonzalo (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy*, London, 9-27.
- Candeias, Mario* 2014: »Wenn das Alte stirbt...« – Organische Krise bei Antonio Gramsci, in: Brie, Michael (Hrsg.): »Wenn das Alte stirbt...« Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus, Berlin, 14-28.
- Credit Swiss Research Institute* 2017: Getting over Globalization, in: <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=BCD82CF0-CF9D-A6CB-BF7ED9C29D-D02CB1>; 14.12.2017.
- Demertzis, Maria/Sapir, André/Wolff, Guntram* 2017: *Europe in a New World Order* (Bruegel Policy Brief 2), in: http://bruegel.org/wp-content/uploads/2017/02/Bruegel_Policy_Brief-2017_02-170217_final.pdf; 31.7.2018.
- Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline* 2011: *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg.
- Dörre, Klaus/Rackwitz, Hans* 2016: Finanzmarkt-Kapitalismus. Entstehung, Dynamik, Krisenpotentiale, in: *Politikum* 2: 2, 4-16.
- Elsenhans, Hartmut* 1997: Staatsklassen, in: Schulz, Manfred (Hrsg.): *Entwicklung: die Perspektive der Entwicklungssoziologie*, Wiesbaden, 161-185.
- Ferguson, Niall* 2005: Sinking Globalization, in: *Foreign Affairs* 84: 2, 64-77.

- Fominaya, Cristina F. 2014: Social Movements and Globalization: How Protests, Occupations and Uprisings Are Changing the World, Houndmills.
- Friedman, Thomas L. 2005: *The World Is Flat: A Brief History of the Twenty-First Century*, New York, NY.
- Fukuyama, Francis 1989: The End of History?, in: *The National Interest*, Summer 1989, 3-18.
- Giddens, Anthony 1991: *The Consequences of Modernity*, Cambridge.
- Gill, Stephen 2000: Toward a Postmodern Prince? The Battle in Seattle as a Moment in the New Politics of Globalisation, in: *Millennium: Journal of International Studies* 29: 1, 131-140.
- Gowan, Peter 1999: *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*, London.
- Gowan, Peter 2002: The American Campaign for Global Sovereignty, in: *Socialist Register* 2003, London, 1-27.
- Gramsci, Antonio 1991: *Gefängnishefte*, Hamburg.
- Gidron, Noam/Hall, Peter A. 2017: The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right, in: *The British Journal of Sociology* 68: S1, 57-84.
- Hamilton, Daniel S./Quinlan, Joseph P. 2016: The Transatlantic Economy 2016: Annual Survey of Jobs, Trade and Investment between the United States and Europe, Washington, DC.
- Harvey, David 1990: *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Cambridge.
- Helleiner, Eric 1994: *States and the Reemergence of Global Finance: From Bretton Woods to the 1990s*, Ithaca, NY.
- Hochschild, Arlie Russel 2016: *Strangers in Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right*. New York, NY.
- Huotari, Mikko/Heep, Sandra 2016: Learning Geoeconomics: China's Experimental Financial and Monetary Initiatives, in: *Asia Europe Journal* 14: 2, 153-171.
- Inglehart, Ronald 1977: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton, NJ.
- James, Harold 2001: *The End of Globalization: Lessons from the Great Depression*. Cambridge, MA.
- Jessop, Bob 2017: The Organic Crisis of the British State: Putting Brexit in its Place, in: *Globalizations* 14: 1, 133-141.
- Kaufmann, Stephan 2017: Das Ende der Globalisierung, in: *Frankfurter Rundschau*, 3.6.2017, <http://www.fr.de/wirtschaft/handel-das-ende-der-globalisierung-a-1290592>; 20.9.2017.
- Kindleberger, Charles P. 2000: *Manias, Panics, and Crashes: a History of Financial Crises*, 4. Auflage, New York, NY.
- Koddenbrock, Kai 2018: Strukturwandel der Globalisierung? Brexit, Trump(ismus), Strategien Chinas und die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25: 2, 126-143.
- Koselleck, Reinhart 1973: *Kritik und Krise*, Frankfurt a. M.
- Kitschelt, Herbert 1997: European Party Systems: Continuity and Change, in: Rhodes, Martin/Heywood, Paul/Wright, Vincent (Hrsg.): *Developments in West European Politics*, New York, NY, 131-150.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos 2008: *West European Politics in the Age of Globalization. Six Countries Compared*, Cambridge.
- Lipset, Seymour/Rokkan, Stein 1967: *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York, NY.
- McKinsey Global Institute 2017: The New Dynamics of Financial Globalization, in: [https://www.mckinsey.com/~/media/McKinsey/Industries/Financial%20Services/Our%20Insights/The%20new%20dynamics%20of%20financial%20globalization/Financial%20globalization_Full%20Report_August_29_2017%20\(1\).ashx](https://www.mckinsey.com/~/media/McKinsey/Industries/Financial%20Services/Our%20Insights/The%20new%20dynamics%20of%20financial%20globalization/Financial%20globalization_Full%20Report_August_29_2017%20(1).ashx); 20.9.2018.

- Meng, Richard* 2016: Die tägliche Krise – Wenn Kommunikation zum Kern und Alarm zum Prinzip wird, in: Kluge, Dorit/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): Gesellschaftlicher Wandel und kulturelle Innovationen, Baden-Baden, 35-54.
- Manz, Thomas* 2007: Allianzen und Gruppen im Global Governance-System – Multilateralismus zwischen partikularen Interessen und universellen Anforderungen, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2, 25-45.
- Müller, Henrik* 2016: Das Ende der Globalisierung, in: Spiegel Online, 3.10.2016, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/muellers-memo-das-ende-der-globalisierung-a-1114948.html>; 20.9.2017.
- Noland, Marcus* 2018: US Trade Policy in the Trump Administration, in: Asian Economic Policy Review 13: 2, 262-278.
- Nölke, Andreas/May, Christian/Claar, Simone* (Hrsg.) 2014: Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft, Wiesbaden.
- Nölke, Andreas* 2018: Vom liberalen zum organisierten Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 181-198.
- Polanyi, Karl* [1944] 1977: The Great Transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Wien.
- Ruggie, John Gerard* 1982: International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order, in: International Organization 36: 2, 379-416.
- Salter, Michael/Yin, Yinan* 2014: Analysing Regionalism within International Law and Relations: The Shanghai Cooperation Organisation as a Grossraum?, in: The Chinese Journal of International Law 13: 4, 819-877.
- Scherrer, Christoph* 1999: Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA, Berlin.
- Schmalz, Stefan* 2018: Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise, Frankfurt a. M.
- Simon, Jenny* 2018: Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 144-163.
- Solty, Ingar* 2018: Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 199-223.
- Van der Pijl, Kees* 1998: Transnational Classes and International Relations, London.
- Van der Pijl, Kees* 2006: Global Rivalries. From the Cold War to Iraq, London.
- Von Clausewitz, Carl* [1832] 2012: Vom Kriege, Altenmünster.
- Wade, Robert/Veneroso, Frank* 1998: The Asian Crisis: The High Debt Model Versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex, in: New Left Review 228, 3-23.
- Windolf, Paul* (Hrsg.) 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen (KZfSS Sonderheft 45), Wiesbaden.
- WTO (World Trade Organization)* 2017: Press Release: WTO Upgrades Forecast for 2017 as Trade Rebounds Strongly, in: https://www.wto.org/english/news_e/pres17_e/pr800_e.htm; 31.7.2018.
- WTO/OMC/OECD/UNCTAD* 2017: Reports on G20 Trade and Investment Measures, in: <https://www.oecd.org/daf/inv/investment-policy/17th-Report-on-G20-Trade-and-Investment-Measures.pdf>; 14.12.2017.
- Young, Alasdair R./Peterson John* 2006: The EU and the New Trade Politics, in: Journal of European Public Policy 13: 6, 795-814.
- Zürn, Michael/de Wilde, Pieter* 2016: Debating Globalization: Cosmopolitanism and Communitarianism as Political Ideologies, in: Journal of Political Ideologies 21: 3, 280-301.